

Idealismus im staatlichen Gewand

Erlösungsidealismus

Neben dem individuellen Grenzidealismus gibt es eine zweite Grenzlinie des Idealismus. Sie verläuft dort, wo nicht der einzelne Mensch an die Grenzen seiner Kräfte gerät, sondern staatliche Politik beginnt, sich selbst in einen Erlösungsmodus hineinzusteigern.

Der historische Warnort dafür ist für mich die Französische Revolution, genauer: ihre jakobinische Zuspitzung. Ich bin kein Experte für diese Geschichte, aber als Denkfigur bleibt sie bedrängend. Ein Aufbruch im Namen von Freiheit, Gleichheit und Vernunft kann in einen Modus geraten, in dem das Gute sich selbst verabsolutiert. Dann wird nicht mehr nur gegen Unrecht gehandelt. Dann wird eine gereinigte Zukunft behauptet. Die Revolution beginnt, ihre eigenen Kinder zu fressen.

Entscheidend ist dabei nicht die billige Lehre, Aufklärung führe notwendig zum Terror. Das wäre historisch grob und politisch gefährlich. Ohne aufklärerischen Idealismus gäbe es keine moderne Demokratie, keine allgemeinen Rechte, keine Emanzipationsbewegungen, keine Idee gleicher Würde. Der Punkt liegt woanders: Sobald das Gute sich selbst nicht mehr begrenzen lässt, sobald es Widerspruch nur noch als Rückfall, Bosheit oder Feindschaft versteht, verliert es seine demokratische Form.

Darum irritiert mich die Sprache, Diskriminierung oder Rassismus „ausmerzen“ zu wollen. Der Wille, Menschen vor Diskriminierung zu schützen, ist notwendig. Der Staat muss Rechte sichern, Übergriffe sanktionieren, Institutionen lernfähig machen und Betroffene ernst nehmen. Aber die Sprache des Ausmerzens klingt nicht nach Maß, sondern nach Tilgung. Sie erinnert daran, dass auch gute Ziele in eine gefährliche Logik geraten können, wenn sie nicht mehr begrenzen, schützen und ermöglichen wollen, sondern reinigen.

Mir liegt deshalb eine nüchternere Haltung näher: Rassismus wird es vermutlich immer geben, weil Angst, Ressentiment, Gruppendenken, Machtlust und Kränkung immer wieder neue Gestalten finden. Gerade deshalb darf man ihn nicht verharmlosen. Aber man sollte auch nicht so tun, als könne Politik den Menschen erlösen. Demokratische Politik kann Würde schützen, Rechte sichern, Verfahren schaffen, Bildung ermöglichen, Sanktionen setzen und Räume öffnen. Sie kann das Böse begrenzen. Sie kann es nicht aus der Welt schaffen.

Gleichzeitig darf diese Warnung nicht missbraucht werden. Heute wird der Verdacht des Tugendterrors oft vorschnell gegen konkrete Reformen gerichtet. Wer Diskriminierung abbauen will, ist nicht deshalb schon Jakobiner. Wer Sprache sensibler macht, will nicht notwendig die Gesellschaft reinigen. Wer gleiche Teilhabe fordert, betreibt nicht automatisch moralische Umerziehung. Der Verdacht gegen Erlösungspolitik darf nicht zum Vorwand werden, jede Korrektur bestehender Ungerechtigkeit zu blockieren.

Die demokratische Aufgabe liegt also in einer schmalen Mitte: idealistisch genug, um Unrecht nicht hinzunehmen; nüchtern genug, um nicht Erlösung zu versprechen; entschieden genug, um zu handeln; maßvoll genug, um Verfahren, Widerspruch und die Fehlbarkeit des Menschen nicht preiszugeben.

Reformidealismus und die zurückgelassene Welt

Nach dem Grenzidealismus des Einzelnen und dem Erlösungsidealismus des Staates zeigt sich eine dritte, vielleicht politisch entscheidende Form von Idealismus: der Reformidealismus.

Er entsteht dort, wo eine Gesellschaft spürt, dass die alten Formen nicht mehr tragen. Die Verfahren sind zu langsam, die Institutionen zu schwerfällig, die Kosten zu hoch, die Sicherheitslage zu ernst, die sozialen Systeme zu ungleich, die Verwaltung zu unverständlich, die Steuerlogik zu komplex. Dann reicht es nicht mehr, ein paar Stellschrauben zu drehen. Dann steht eine Gesellschaft vor der Frage, ob sie den Kopf aus der alten Welt herausstreckt — auf die Gefahr hin, dass sie einen auf die Rübe bekommt.

Dieser Reformidealismus ist notwendig. Ohne ihn bleibt Politik bloße Schadensverwaltung. Aber er ist gefährlich, weil er in gewachsene Welten eingreift. Er verändert nicht nur Strukturen, sondern auch Lebensgeschichten, Berufsbilder, Sicherheiten, Loyalitäten und Sprachen.

Atatürks Schrift- und Sprachreform ist dafür ein paradigmatisches Beispiel. Mit einem Gesetz wurde eine hochkomplexe historische Situation in eine neue Zeit überführt. Das lateinische Alphabet öffnete Wege zu moderner Bildung, westlicher Orientierung und neuer nationaler Identität. Aber zugleich entstand ein Schnitt. Eine Generation, die in der alten arabischen Schrift, in der alten Sprache, in der alten kulturellen Ordnung zuhause war, wurde nicht einfach mitgenommen. Sie musste neu lernen, verlor Zugänge, wurde in ihrer eigenen Gegenwart älter, als sie biologisch war. Eine Reform kann also Zukunft schaffen und Vergangenheit abschneiden.

Genau diese Ambivalenz muss demokratischer Reformidealismus aushalten. Er darf nicht so tun, als könne jede tiefgreifende Reform ohne Verlust gelingen. Aber er darf den Verlust auch nicht zynisch verbuchen. Er muss wissen: Wo ich beschleunige, lasse ich jemanden zurück. Wo ich vereinfache, nehme ich jemandem seine bisherige Form von Sicherheit. Wo ich digitalisiere, verschiebe ich Macht, Zugang und Abhängigkeit. Wo ich Bürokratie reduziere, kann ich Rechtssicherheit stärken — oder Schutzräume zerstören. Wo ich das Beamtentum neu ordne, kann ich Beweglichkeit gewinnen — oder das Ethos verlässlicher Staatlichkeit schwächen.

Darum braucht große Reform Maß. Nicht im Sinne von Halbherzigkeit, sondern im eigentlichen Sinn des Wortes Maßnahme: Sie muss messen, was sie tut. Sie muss messen, was nicht mehr tragfähig ist. Aber sie muss auch messen, was sie verletzt.

Der gefährliche Reformidealismus sagt: Die alte Welt ist überholt. Weg damit.

Der verantwortete Reformidealismus sagt: Die alte Welt trägt nicht mehr. Aber Menschen haben in ihr gelebt. Wir müssen Übergänge schaffen.

Das ist vielleicht die demokratische Lehre aus historischen Modernisierungsschüben: Eine Gesellschaft darf nicht alles beim Alten lassen, nur weil Reformen wehtun. Aber sie darf auch nicht kalt werden gegenüber denen, die den Weltwechsel nicht sofort mitgehen können.

Reform braucht deshalb nicht nur Mut, sondern Nachsorge. Nicht nur Zielbilder, sondern Brücken. Nicht nur Gesetze, sondern Übersetzungsräume. Nicht nur Digitalisierung, sondern Hilfe vor Ort. Nicht nur Entbürokratisierung, sondern Schutz vor Willkür. Nicht nur neue Sicherheitsarchitektur, sondern demokratische Kontrolle. Nicht nur Effizienz, sondern Erinnerung an den Sinn der Institutionen.

Vielleicht liegt hier der entscheidende Maßstab:

Eine große Reform ist demokratisch nicht schon deshalb, weil ihr Ziel richtig ist. Sie wird demokratisch durch die Art, wie sie Übergänge gestaltet, Widerspruch zulässt und die Zurückgelassenen nicht verachtet.

Damit wäre der Reformidealismus von zwei Seiten abgegrenzt. Gegen die Trägheit sagt er: Wir müssen handeln. Gegen den Erlösungsmodus sagt er: Wir dürfen nicht reinigen. Gegen den Zynismus sagt er: Verluste sind nicht egal. Gegen die Angst sagt er: Nicht jeder Verlust ist ein Argument gegen Veränderung.

Das ist die schmale Mitte, in der eine neue politische Kultur entstehen könnte: idealistisch genug, um den Epochenwechsel nicht zu verschlafen; nüchtern genug, um ihn nicht als Heilsgeschichte zu erzählen; mutig genug, um irreversible Entscheidungen zu treffen; menschlich genug, um die Kosten dieser Entscheidungen nicht zu verschweigen.

Vielleicht ist das der Kernsatz:

Reformidealismus heißt: die alte Welt verlassen, ohne die Menschen zu entwürdigen, die in ihr zuhause waren.



Der Flammarion-Stich (1888): Wer eine alte Welt verlässt, sieht vielleicht zuerst die neue Ordnung — aber sein Körper steckt noch in der alten.